Stand: 15.12.2025 21:39:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8694

"Sicherstellung der Einbindung Bayerns bei Umsetzung der Beschlüsse des EU-Sondertreffens vom 25. Oktober 2015"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8694 vom 28.10.2015
2. Beschluss des Plenums 17/8700 vom 28.10.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 28.10.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.10.2015 **Drucksache 17/8694**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Sicherstellung der Einbindung Bayerns bei Umsetzung der Beschlüsse des EU-Sondertreffens vom 25. Oktober 2015

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sicherzustellen, dass der Freistaat Bayern bei der Umsetzung des 17-Punkte-Plans des jüngsten EU-Sondertreffens in Deutschland vollständig eingebunden wird und dabei eine direkte Einbindung des Freistaats in das System der Kontaktstellen zwischen allen Regierungen für gegenseitigen Informationsaustausch und gegenseitige Abstimmung erfolgt;
2. sich auf Bundes- und Europaebene einzusetzen, dass gemäß des 17-Punkte-Plans,
   a) bestehende Rückführungsabkommen schnellstmöglich vollständig umgesetzt und geplante Rückführungsabkommen der EU abgeschlossen werden,
   b) die geplante Registrierung bei der Einreise der ankommenden Menschen an der EU-Außengrenze und eine effektive Sicherung der EU-Außengrenzen schnellstmöglich und flächendeckend gewährleistet werden;
3. dem Landtag zu berichten,
   a) inwieweit und in welcher Form die Staatsregierung in Folge der Beschlüsse des in Rede stehenden EU-Sondertreffens von Seiten der Bundesregierung schon eingebunden wurde,
   b) welche Auswirkungen die beschlossenen verstärkten Maßnahmen von Polizei und Justiz gegen Schlepper für die bayerischen Behörden haben;
   c) ob und inwieweit bayerische bzw. in Bayern stationierte Polizeikräfte von den Beschlüssen des in Rede stehenden EU-Sondertreffens betroffen sind, insbesondere im Hinblick auf die vereinbarten 400 Polizisten, die nach Slowenien geschickt werden sollen.

Begründung:

Der 17-Punkte-Plan des EU-Sondertreffens vom 25. Oktober 2015 sieht Maßnahmen für zusätzliche Aufnahmeplätze entlang der sogenannten Westbalkanroute, Kontaktstellen, Registrierungen der Flüchtlinge an den Außengrenzen, Maßnahmen zur beschleunigten Rückführung und gegen Schlepper sowie einen besseren Schutz der Außengrenzen vor. Für ihren Erfolg und die erhofften Entlastungen für unsere Heimat Bayern ist eine direkte Einbindung der Staatsregierung in das geplante Kommunikationsnetz ebenso erforderlich wie ein Drängen auf eine schnelle Umsetzung der Sicherung der Außengrenzen und der Registrierung. Nur durch eine enge Zusammenarbeit vor allem der Mitgliedstaaten, die auf der Westbalkanroute liegen, ist europäische Solidarität und gemeinsames Handeln wieder möglich. Auch bei den geplanten und bestehenden Rückführungsabkommen muss auf einen schnellen Abschluss und auf eine schnelle Umsetzung gedrängt werden, um unsere Aufnahmekapazitäten auf die wirklich Asylberechtigten zu konzentrieren.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.10.2015 **Drucksache 17/8700**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/**8694**

Sicherstellung der Einbindung Bayerns bei Umsetzung der Beschlüsse des EU-Sondertreffens vom 25. Oktober 2015

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich dafür einzusetzen, dass der Freistaat Bayern bei der Umsetzung des 17-Punkte-Plans des jüngsten EU-Sondertreffens durch den Bund eingebunden wird. Wichtig für Bayern ist dabei vor allem die ausgetauschten Informationen frühzeitig zu erhalten;
2. sich auf Bundes- und Europaebene einzusetzen, dass gemäß des 17-Punkte-Plans,
   a) bestehende Rückführungsabkommen schnellstmöglich vollständig umgesetzt und geplante Rückführungsabkommen der EU abgeschlossen werden,
   b) die geplante Registrierung bei der Einreise der ankommenden Menschen an der EU-Außengrenze und eine effektive Sicherung der EU-Außengrenzen schnellstmöglich und flächendeckend gewährleistet werden;
3. dem Landtag zu berichten,
   a) inwieweit und in welcher Form die Staatsregierung in Folge der Beschlüsse des in Rede stehenden EU-Sondertreffens von Seiten der Bundesregierung schon eingebunden wurde,
   b) welche Auswirkungen die beschlossenen verstärkten Maßnahmen von Polizei und Justiz gegen Schlepper für die bayerischen Behörden haben;
   c) ob und inwieweit bayerische bzw. in Bayern stationierte Polizeikräfte von den Beschlüssen des in Rede stehenden EU-Sondertreffens betroffen sind, insbesondere im Hinblick auf die vereinbarten 400 Polizisten, die nach Slowenien geschickt werden sollen.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Markus Rinderspacher
Abg. Eva Gottstein
Abg. Christine Kamm
Abg. Petra Guttenberger
Staatsminister Joachim Herrmann
Abg. Claudia Stamm

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. und Fraktion (SPD)
Koordination. Kooperation. Keine Konfrontation: Durch direkte Zusammenarbeit zwischen Bayern und Österreich krisenhafte Flüchtlingssituation an gemeinsamer Grenze entschärfen (Drs. 17/8681)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sicherstellung der Einbindung Bayerns bei Umsetzung der Beschlüsse des EU-Sondertreffens vom 25. Oktober 2015 (Drs. 17/8694)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Humanität wahren, Flüchtlingssituation an der bayerischen Grenze lösen (Drs. 17/8695)

Zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion ist namentliche Abstimmung beantragt worden.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Rinderspacher. Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am vergangenen Wochenende hat sich die Situation an der bayerischen Außengrenze zu Österreich noch einmal dramatisch zugespitzt; sie ist nach wie vor angespannt. 15.000 Flüchtlinge sind allein am vergangenen Wochenende aus Österreich zu uns nach Bayern gekommen. Die Notunterkünfte sind überfüllt. Der bayerische Innenmi-

nister spricht von "chaotischen Zuständen". Polizei, Hilfskräfte, ehrenamtlich Tätige, Mitarbeiter der Ausländerbehörden – sie alle sind überlastet und zum Teil überfordert.

Wir erleben dramatische Szenen. Erstmals sind Flüchtlinge in den reißenden Inn gesprungen, um über die Grenze nach Deutschland zu schwimmen. Das war brandgefährlich. Nur die Besonnenheit und die Entschlossenheit der bayerischen und der österreichischen Rettungskräfte konnten die beiden Menschenleben retten. Eine wirklich angespannte Situation!

Ich gehe davon aus, dass wir alle uns einig sind: Wir müssen aus der Region an der bayerisch-österreichischen Grenze, die gegenwärtig ein Ort der Unordnung ist, wieder einen Ort der Humanität machen. Das ist jetzt unsere gemeinsame Aufgabe.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In den vergangenen Tagen mussten wir wieder ein heftiges Hin und Her erleben. Die Bayerische Staatsregierung ist immer schnell dabei, wenn es darum geht, Schuldige ausfindig zu machen. Oft sind dann auch "dunkle Mächte" am Werk – in Brüssel, in Berlin, neuerdings auch in Wien.

Wir wollen mit unserem Antrag darauf hinweisen, dass wir es bis zu einem gewissen Grad selbst in der Hand haben, die an der bayerischen Außengrenze erforderlichen Maßnahmen zu koordinieren. Wir müssen dies auch tun. Es ist keineswegs so, dass die Bundeskanzlerin, auf die von Ihnen seit Neuestem regelmäßig geschimpft wird, die Aufgabe hätte, die Arbeit der Hilfsorganisationen vor Ort zu koordinieren oder sich mit den Bundesländern Österreichs ins Benehmen zu setzen, damit die Flüchtlingsbewegung nach Bayern geordnet verläuft und verlangsamt bzw. zunehmend verringert wird.

Ich halte ein Spitzengespräch des Ministerpräsidenten mit dem österreichischen Bundeskanzler Faymann für überfällig; es hätte längst stattfinden müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir begrüßen vom Prinzip her die außenpolitischen Aktivitäten der Bayerischen Staatsregierung. Frau Ministerin Dr. Merk, Sie sind regelmäßig unterwegs. Sie waren unter anderem im Kosovo, in Ungarn und in Spanien. Der Bayerische Ministerpräsident war in China und in Saudi Arabien. Einen bemerkenswerten außenpolitischen Akzent setzte die Staatsregierung am 20. Oktober 2015. Nach einer mehrstündigen Kabinettssitzung ist Frau Scharf vor die Presse getreten und hat darüber berichtet, dass im Jahr 2023 in der Stadt Selb über einen Zeitraum von zwölf Tagen bayerisch-tschechische Freundschaftswochen stattfinden sollen. Sie bereiten sich bereits acht Jahre vorher darauf vor!

Das können Sie alles so machen. Sie sollten sich aber endlich auch der naheliegenden Aufgabe stellen und mit unseren österreichischen Partnern den Dialog aufnehmen, damit an der bayerischen Außengrenze wieder ein koordiniertes Handeln möglich wird. Das ist auch Ihre Aufgabe, die Aufgabe dieser Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Unsere Recherchen in Österreich haben ergeben – wir haben mit dem dortigen Bundeskanzleramt Kontakt aufgenommen –, dass es von Ihrer Seite offensichtlich keinen Versuch gegeben hat, sich mit der österreichischen Bundesregierung ins Benehmen zu setzen. Unsere Recherchen zeigen auch, dass Sie mit den österreichischen Bundesländern keinen Kontakt in dieser Frage aufgenommen haben.

Ich halte das ein Stück weit für nachlässig. Wir wollen wissen – auch deshalb stellen wir den Berichtsantrag –, wer auf bayerischer Seite für die Koordination mit der Republik Österreich eigentlich zuständig ist. Ist es der Innenminister, der die Sicherheitsfragen in seinem Verantwortungsbereich hat? Frau Dr. Merk, sind Sie es als Europaministerin? Sind Sie im Gespräch mit unseren österreichischen Partnern? Der Lenkungsstab zur Flüchtlingspolitik hat einen Chef, Dr. Marcel Huber. Ist er es? Wir haben auch eine Sozialministerin. Irgendjemand muss sich doch aufseiten der Staatsregierung den Schuh anziehen und sagen: Ich bin verantwortlich.

(Zuruf von der CSU: Haben wir keinen Bundesaußenminister?)

Es reicht nicht aus, auf die Bundeskanzlerin zu schimpfen. Sie müssen auch selbst Verantwortung an der bayerischen Außengrenze wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir stellen uns die weitere Frage, warum München als Drehscheibe für die Verteilung der Flüchtlinge in den vergangenen Wochen – auch nach dem Oktoberfest – systematisch aufgegeben wurde. Die Landeshauptstadt hat uns heute noch einmal davon in Kenntnis gesetzt, dass hier definitiv noch Unterkunftsplätze frei sind, und zwar nicht zu wenige, sondern mehrere Tausend.

(Zuruf von der CSU: Aha?)

Warum fahren keine Züge und keine Busse mehr vom völlig überfüllten bayerischen Osten in die bayerische Landeshauptstadt? Über die Gründe kann ein außenstehender Beobachter nur spekulieren. Ein Grund könnte sein, dass Sie die – von Ihnen missbilligten – Willkommensbilder am Münchner Hauptbahnhof nicht mehr haben wollen, da Sie damit eine schädliche Außenwirkung verbinden. Es kann aber auch sein, dass Sie organisatorisch überfordert sind; das könnte die zweite Antwort auf die vorhin gestellte Frage sein.

Es kann aber auch einen dritten Grund geben – das möchte ich Ihnen nicht unterstellen, aber zumindest berichten einige Medien darüber –: Sie lassen die Situation im bayerischen Osten bewusst eskalieren, um politischen Druck auf die Bundesregierung, insbesondere auf die Bundeskanzlerin, aufzubauen. In diesem Fall würden Sie Ihren Konflikt mit der Bundeskanzlerin auf dem Rücken der Flüchtlinge und der Helferinnen und Helfer austragen. Sie nähmen eine Verschlechterung der Situation vor Ort in Kauf. Das darf nicht sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb geben Sie uns bitte einen Hinweis und auch der Bevölkerung im bayerischen Osten, wie Sie mit dieser Situation umgehen wollen. Wann wird es wieder Umleitungsmechanismen geben über München oder über andere Verteilzentren und Drehscheiben? Fakt ist, man kann nicht der Bevölkerung vor Ort sagen, so geht es nicht weiter, aber die Kapazitäten, die wir in Bayern selbst haben, nicht ausnutzen.

Ich sehe mit einiger Sorge – auch in Vorbereitung des Gesprächs mit dem Ministerpräsidenten morgen –, dass das Bemühen, die drohende Spaltung in unserem Land abzuwenden, mit weiteren Drohkulissen konterkariert wird. Wir haben eben mit Interesse die Interviews des Bayerischen Ministerpräsidenten zur Kenntnis genommen, nämlich dass er die Große Koalition offensichtlich in Frage stellt, dass er jederzeit in der nächsten Woche dazu bereit wäre, die Koalition zu verlassen. So hat er es nicht wörtlich formuliert, aber er hat kein Dementi ausgesprochen; das sagt schon relativ viel aus.

Die Menschen in unserem Land haben einen Anspruch darauf, dass die politischen Akteure in einer so ernsten Situation nicht in so einer spielerischen Leichtigkeit mit den Dingen umgehen und parteipolitisches Geplänkel anstrengen, sondern mit der notwendigen Ernsthaftigkeit die Probleme angehen, dialogfähig und gesprächsbereit sind. Das ist es doch, was jetzt erwartet wird.

(Beifall bei der SPD – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das wäre schön, wenn Sie das mal machen würden!)

Deshalb ist es in Vorbereitung von so wichtigen Gesprächen – in Bayern das Gespräch mit der Opposition am kommenden Freitag, am Samstag das Gespräch mit der Kanzlerin und am darauffolgenden Tag mit dem Vizekanzler – ungut, diese Gespräche vorab zu belasten, indem man sich innerhalb der Union benimmt wie kleine Kinder im Sandkasten nach dem Motto: Die nehmen mir mein Sandförmchen weg. Man gerät in Streit zwischen der CDU und CSU. Ich finde, das ist der gegenwärtigen Lage in unserem Land nicht angemessen, wenn Sie mir erlauben, das so darzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre sinnvoll, dieses Doppelspiel zu beenden. Wir nehmen die Einladung des Ministerpräsidenten als Opposition gerne an, weil es darum geht, wie er es selbst formuliert hat, die drohende Spaltung unseres Landes zu verhindern. Es geht darum, ein gemeinsames Zeichen zu setzen, auch vor dem Hintergrund, dass allein in diesem Jahr 45 Flüchtlingsunterkünfte im Freistaat Bayern von Rechtsextremisten attackiert wurden. Da kann die Bevölkerung von uns allen erwarten, dass wir ein Zeichen der Kooperation und Zusammenarbeit setzen.

Wir werden als Opposition konkrete Vorschläge unterbreiten, wie wir die Situation an der bayerischen Außengrenze ein Stück weit entlasten können.

(Zuruf von der CSU)

Es ist unser gemeinsames Ziel, die Flüchtlingsbewegung in geordnete Bahnen zu lenken, zu verlangsamen und perspektivisch zu verringern. Ich wiederhole mich: Das ist ein gemeinsames Ziel aller Parteien hier im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb werden wir Vorschläge unterbreiten, wie wir die Kommunen entlasten können durch eine bessere Verteilung, wie wir die Kommunen entlasten können, beispielsweise bei der Gesundheitsversorgung durch die Einführung einer Gesundheitskarte, die in anderen Bundesländern bereits existiert. Wir werden mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten besprechen, wie wir eine konsequente, humanitäre Rückführung von bayerischer Seite aus organisieren können. Auch das zu besprechen, halten wir natürlich für notwendig. Wir wollen Integrationsmaßnahmen besprechen mit Blick auf den bayerischen Arbeitsmarkt, mit Blick auf den bayerischen Wohnungsmarkt. Wir wollen mit dem Ministerpräsidenten gemeinsam erörtern, dass wir ein neues Handlungskonzept brauchen gegen Rechts und gegen den grassierenden Rechtsextremismus. Wir müssen prüfen, ob wir Verbotsverfahren einleiten können gegen die Partei Der

III. Weg oder die Partei DIE RECHTE und andere Maßnahmen mehr. Das heißt, wir setzen große Hoffnungen auf das Gespräch am Freitag und mit der Großen Koalition in Berlin.

Deshalb formuliere ich heute den Wunsch: Lassen Sie uns doch auf dieses Geplänkel, wie wir es jetzt wieder im Steinernen Saal erlebt haben, verzichten! All die Drohkulissen, die es bereits im September gegeben hat, sind in sich zusammengebrochen. Lassen Sie uns lieber gut zusammenarbeiten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Gottstein von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Frau Gottstein.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr verehrter Herr Präsident, ich fürchte Sie heute nicht in meinem Rücken, weil genügend Redezeit da ist.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Lassen Sie Ihrem Redefluss freien Lauf. Bitte schön.

(Allgemeine Heiterkeit – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Um Gottes willen!)

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) – Mit besonderer Freude. Danke schön.

Ich zitiere aus "FOCUS Online", Mittwoch, 28.10, also heute, 13.46 Uhr:

> Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer erwägt den Rückzug der drei CSU-Minister Alexander Dobrindt … Gerd Müller … und Christian Schmidt … aus dem Bundeskabinett.

(Inge Aures (SPD): Die werden sich schön bedanken!)

Ich zitiere aus der Rede des Vorsitzenden der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag am 20. Oktober, also vor einer Woche. Unter anderem hat er zum Ministerpräsidenten gesagt: Herr Seehofer, wenn Sie einen Ehekrach haben, dann lassen Sie sich scheiden!

Es wäre zu banal zu sagen, schön, Herr Ministerpräsident, dass Sie nun anscheinend die ersten Scheidungsschritte andenken, oder noch banaler: Schön, dass Sie wieder einmal auf die FREIEN WÄHLER hören.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Auf welche denn?)

Das Thema - das ist mir durchaus bewusst - ist viel zu ernst. Es ist in den vergangenen acht Tagen seit der letzten Plenarsitzung noch wesentlich ernster geworden - leider.

Deswegen liegen heute mit Recht sieben Anträge vor, die sich mit der Asylproblematik beschäftigen. Drei, die jetzt hier besprochen werden, befassen sich mit der momentanen Situation an den Grenzen, vier mit dem Danach, wie es weitergeht, wenn die Asylbewerber in unserem Land sind.

Die Anträge der SPD, der FREIEN WÄHLER und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beinhalten alle drei den inzwischen fast verzweifelten Versuch, einerseits human und in christlicher Nächstenliebe den Menschen, die sich auf den Weg nach Europa gemacht haben, in ihrer augenblicklichen Notlage, wie sie sich gerade jetzt zu Beginn des Winters an unseren Grenzen zeigt, zu helfen. Auf der anderen Seite – das sieht man den Anträgen auch an – geht es seit diesem Herbst genau darum, die rechtsstaatliche Ordnung in unserem Land und in unserem Freistaat aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

wollen wir nicht die Handlungsfähigkeit und, was noch wesentlich wichtiger ist, die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie ernsthaft gefährden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch erwähnen: Es geht in diesem Fall in keiner Weise darum – das darf auch hier in der Diskussion nicht passieren –, dass das eine, nämlich die Humanität, gegen das andere, die Rechtsstaatlichkeit, ausgespielt wird. Das darf in diesem Hause nicht passieren – manchmal sind schon so kleine Töne zu hören –, und es darf erst recht nicht in der Bevölkerung passieren. Das eine bedingt das andere. Humanität geht nicht ohne Rechtsstaatlichkeit, und Rechtsstaatlichkeit, die inhuman ist, ist auch nicht in Ordnung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt zu den drei Anträgen. Dem Antrag der SPD stimmen wir zu.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Prima!)

Die Forderungen sind sinnvoll, wobei ich schon sagen muss, Herr Rinderspacher, Sie werfen den anderen vor, im Sandkasten zu spielen, aber Sie spielen fleißig mit.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sie nicht?)

Auch Sie schauen, wo Ihre roten Förmchen sind, wo vielleicht grüne Förmchen sind. Auf dieser Ebene spielen wir definitiv nicht mit, nicht deswegen, weil wir nicht mit im Bund sind, sondern weil wir dieses Geplänkel nicht mitmachen wollen, weil wir nicht anfangen zu sagen: ihr, ihr, ihr!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Man muss ganz klar zu dem, was Sie vorhin gesagt haben, feststellen: Sie sind mit in der Bundesregierung.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sie wären gern dabei!)

Alles, was Sie hier fordern, können Sie als Forderung an sich selber stellen. Wir reden von einer Bundesgrenze. Wir reden nach wie vor natürlich von einer bayerischen Grenze mit Tirol, von einer bayerischen Grenze mit Ober- oder Niederösterreich, wir

reden nicht von einer bayerischen Grenze mit Österreich, sondern wir reden von einer deutschen Grenze mit Österreich. Der Bundesinnenminister ist in erster Linie zuständig. Das muss man schon auch benennen, und in dieser Regierung spielen Sie mit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Antrag der FREIEN WÄHLER liegt Ihnen inzwischen in geänderter Form vor. Die FREIEN WÄHLER fordern die Staatsregierung auf – Sie haben den geänderten Antrag vor sich; es geht um den geänderten Punkt –, sich dafür einzusetzen, dass der Freistaat Bayern bei der Umsetzung des 17-Punkte-Plans des jüngsten EU-Sondertreffens durch den Bund eingebunden wird.Das ist die erste Änderung. Nachfolgend ist ein Satz gestrichen und dafür steht sinngemäß: Wichtig für Bayern ist dabei vor allem, die ausgetauschten Informationen frühzeitig zu erhalten.

Wir gehen mit diesem Antrag etwas über den SPD-Antrag hinaus. Wir konkretisieren, dass es natürlich um die gewünschte Absprache mit den österreichischen Behörden geht, sind aber darüber hinaus der Meinung, unabhängig davon, dass wir eine bessere Koordinierung und Kooperation mit Österreich brauchen, müssen wir mit allen beteiligten Staaten entlang der Westbalkanroute zusammenarbeiten. Das wurde am Sonntag so vereinbart, und dafür hat sich, bitte sehr, natürlich auch die Bayerische Staatsregierung einzusetzen.

Das fordern wir. Ich denke, die Punkte sprechen für sich. Es geht nach wie vor darum, dass es nicht bei Worten bleibt, sondern dass auch eine schnelle Umsetzung folgt. Das wollen wir durch unseren Antrag mit unterstützen.

Des Weiteren liegt der Dringlichkeitsantrag vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Wir FREIE WÄHLER enthalten uns hier, weil wir zwar auch diesem Dringlichkeitsantrag ansehen, dass er das Beste will, uns aber ein bisschen über Ihren ersten Spiegelstrich wundern, in dem Sie fordern, umgehend direkt an den Grenzübergangspunkten ausreichend Kapazitäten in beheizbaren Zelten zur Verfügung zu stellen. Damit fordern Sie eigentlich die Transitzentren, die Sie sonst ablehnen. Das ist für uns ein Wider-

spruch. Wir warten nach wie vor auf den Bericht der CSU, wie man sich Transitzonen oder Transitzentren vorstellt, und glauben nicht, dass diese momentan realistisch sind. Auch alle, die sich direkt vor Ort engagieren, an den vielen Grenzübergängen, die wir inzwischen haben, sagen, dass das nicht umzusetzen ist. Deswegen enthalten wir uns bei der Abstimmung über diesen Antrag.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das machen die doch schon!)

Noch einmal die Bitte an die Staatsregierung, an die CSU, aber auch an die in Berlin regierende SPD: Handeln Sie; Sie haben nicht mehr lange Zeit. Es ist momentan ein Wettlauf gegen die winterlichen Temperaturen. Das wissen wir alle. Momentan spielt das Wetter noch mit; es ist etwas wärmer geworden; aber darauf können Sie sich bestimmt nicht verlassen.

Wir wünschen uns für das gemeinsame Gespräch aller Fraktionen mit dem Ministerpräsidenten am Freitag einen guten Verlauf. Wir sind uns, auch wenn es manchmal nicht so klingt, alle bewusst, in welcher Situation wir sind. Diese Situation kann nur gemeinsam gemeistert werden. An den FREIEN WÄHLERN scheitert es bestimmt nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. - Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass auch zu dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER von den FREIEN WÄHLERN namentliche Abstimmung beantragt worden ist. – Frau Kamm, jetzt haben Sie das Wort. Bitte sehr.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst etwas zu dem 17-Punkte-Plan sagen, auf den sich die FREIEN WÄHLER beziehen. Der 17-Punkte-Plan der EU enthält in einigen Punkten wirklich Wichtiges; in einigen beinhaltet er Selbstverständlichkeiten, wie zum Beispiel den besseren Informationsaustausch zwischen den europäischen Staaten, aber

er enthält auch Problematisches. Ich würde nicht zu 100 % diesen EU-Plan begrüßen, vor allem dort nicht, wo zukünftig geplante Rückführungsabkommen gleich befürwortet werden, ohne dass man sie kennt. Ich würde auch die Kritik der EU an der derzeitigen Situation des Durchwinkens nicht übernehmen, sondern sagen, dass die derzeitige Überforderung der kleineren Staaten ernst genommen werden muss und dass die Folgen gesehen und zur Kenntnis genommen werden müssen, die das derzeitige unsolidarische Abdrängen der Verantwortung für den Flüchtlingsschutz auf Länder, die dieser Aufgabe nicht nachkommen können, hat. Insofern würde ich diesen 17-Punkte-Plan nicht kritiklos übernehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern genau hinschauen. Allerdings stimmen wir der Nummer 3 zu, in der Sie fordern, dass wir intensiver informiert und eingebunden werden sollten.

Dem Dringlichkeitsantrag der SPD stimmen wir zu.

Ich möchte jetzt zu unserem Dringlichkeitsantrag kommen. Unser Dringlichkeitsantrag beinhaltet, dass wir jetzt sofort genau das tun, was notwendig ist. Die humanitäre Katastrophe findet nicht nur an irgendwelchen Grenzübergängen zwischen Kroatien und Slowenien oder zwischen Ungarn und anderen Nachbarstaaten statt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die humanitäre Katastrophe spielt sich derzeit leider auch an Grenzübergängen zwischen Bayern und Österreich ab. Das muss sofort beendet werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist der Kern unseres Dringlichkeitsantrags.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es kann nicht sein, dass gestern auf einer Innbrücke 200 Menschen im Prinzip 24 Stunden gewartet haben, weil sie nicht zur Registrierungsstelle vorgelassen wurden. So etwas kann nicht sein, und so etwas muss unterbunden werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Österreicher sprechen auch Deutsch. Wir müssen uns doch verständigen können und einem solchen Unsinn abhelfen.

(Zurufe von der CSU)

Es kann durchaus sein, dass die Abläufe in Österreich nicht optimal sind – das ist hier auch manchmal der Fall –, aber es muss möglich sein, miteinander zu reden und an einer Verbesserung zu arbeiten. Auf alle Fälle muss verhindert werden, dass diese gegenseitige Grenzkommunikation zulasten der Flüchtlinge derart rudimentär verläuft, wie sie zurzeit zu verlaufen scheint.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Frau Kollegin Gottstein, wenn wir beheizbare Zelte an den Grenzpunkten fordern, so dient das dem Schutz der Wartenden gegen Regen. Dann dient es dazu, dass sich die Menschen aufwärmen können und vielleicht einen Tee und eine Suppe bekommen. Dann sind das keine Transitzonen. Ich bin schon der Meinung, dass man beides auseinanderhalten kann.

(Beifall bei den GRÜNEN – Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Wir reden von Tausenden!)

Ich will ja dort niemanden zurückhalten. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Wir wollen beheizbare Zelte, in denen keine Asylverfahren durchgeführt werden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir wollen beheizbare Zelte, damit es die Menschen warm haben, damit sie sich erholen können, damit sie nicht frieren, damit sie vor der Witterung geschützt sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Solche Zelte könnten in Österreich und in Bayern aufgestellt werden.

Noch effektiver wäre es natürlich, wenn man umgehend die Grenzlandkreise entlastete, wenn man umgehend Lösungen fände, wie man Registrierungskapazitäten, die es an anderen Stellen in Bayern gibt, besser nutzt. Es kann nicht sein, dass Sie sagen, Sie haben keine Busse. Das ist Unsinn.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir wollen, dass auch in Bayern zwischen den einzelnen Einrichtungen, die Hilfe leisten können, besser zusammengearbeitet, besser kommuniziert wird, dass Asylsuchende umgehend zu freien Registrierungsstellen weitergeleitet werden und dass vor allen Dingen auch die Ehrenamtlichen besser koordiniert und in die Arbeit eingebunden werden. All das ist machbar, und all das muss möglich sein, und zwar am besten ab heute.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Wir wollen erstens dort helfen, wo es brennt, und zweitens wollen wir dafür sorgen, dass die Staus an den Grenzen nicht unnötig inszeniert werden, um irgendwelche Stimmungen zu schüren und Attacken gegen andere, die man vielleicht politisch in die Enge treiben möchte, zu reiten. Tun Sie das, was notwendig ist. Handeln Sie humanitär.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat die Kollegin Guttenberger von der CSU das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute verschiedene Anträge zu beraten. Herr Rinderspacher, interessante Rede!

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Bravo!)

Was Ihre Rede aber mit Ihrem Antrag zu tun hatte, Herr Kollege, ist mir ein Rätsel.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Da haben Sie nicht zugehört!)

Ich finde es völlig indiskutabel, eines der schwersten Probleme, die wir im Moment haben, als Geplänkel abzutun und so zu tun, als gäbe es überall freie Kapazitäten, und im Rahmen einer Verschwörung wolle man den Eindruck erwecken, es gäbe ein Problem.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Weder verstanden noch zugehört!)

Sie tun so, als wäre alles easy going. Jeder, der sieht, was draußen vor sich geht – das sage ich bewusst als Abgeordnete von Fürth und Zirndorf –, weiß, dass wir ein Problem haben. Ein solches Problem sollte man seriös behandeln und aufnehmen. Zu sagen, man müsste nur ein wenig andere Kapazitäten fahren, wird dem Ernst dieser Situation nicht gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Inge Aures (SPD): Da klatscht nicht einmal die CSU richtig!)

Ich sage es jetzt einmal ganz direkt; Sie wollten ja nicht über den Antrag reden. In diesem Antrag steht, dass die Staatsregierung mit den Österreichern verbindliche Absprachen zur Bewältigung des Flüchtlingsandrangs treffen soll.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genau!)

Ein interessanter Antrag. Kennen Sie Artikel 32 Absatz 1 des Grundgesetzes?

(Inge Aures (SPD): Na klar!)

Super, Frau Aures! Was steht da drin? - Da ist zu lesen, dass die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten Sache des Bundes ist.

(Zuruf bei der SPD)

Sie ist Aufgabe des Bundes. Und ich füge noch etwas hinzu. Ich danke der Bayerischen Staatsregierung, dass sie versucht, hier Absprachen zu treffen, wohl wissend, dass sie nicht zuständig ist. Der Innenminister bemüht sich immer wieder, Kontakte zu Österreich im Hinblick auf eine Koordination zu erreichen. Ich bedaure, dass Österreich uns bei diesen Bemühungen schlichtweg nicht entgegenkommt, sich absolut verantwortungslos verhält. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Wenn nun im Grundgesetz steht, dass auswärtige Beziehungen Sache des Bundes sind, dann braucht man sich nicht lange umzusehen, sondern muss fragen, wer dafür zuständig ist. Das ist nach meinem Dafürhalten der Außenminister. Der Außenminister ist kein CSU-Mann.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Aber der Innenminister!)

Er ist auch nicht Teil der Bayerischen Staatsregierung, sondern der Bundesaußenminister heißt Steinmeier und gehört der SPD an.

(Zurufe von der SPD)

Er wäre der richtige Ansprechpartner für das, was Sie fordern, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie scheinen immer noch nicht genau zu wissen, was Sie gefordert haben. Sie wollen verbindliche Absprachen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber natürlich! – Inge Aures (SPD): Nicht lamentieren! Kommen Sie endlich zum Thema!)

Sie wollen völkerrechtlich verbindliche Grundlagen. Das ist Angelegenheit des Bundes. Auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen: Einen solchen Antrag zu stellen, halte ich – entschuldigen Sie - für ziemlich dreist. Mir fällt da immer die Geschichte mit dem Glashaus und den Steinen ein.

Ich frage Sie einmal ganz unumwunden, Herr Rinderspacher: War denn der Herr Steinmeier als Außenminister, der für völkerrechtliche Absprachen zuständig ist, im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise jemals an der bayerisch-österreichischen Grenze?

(Inge Aures (SPD): Genauso wenig wie Ihr Ministerpräsident!)

Diese Frage muss man ganz klar stellen. Oder habe ich da etwas verpasst?

(Inge Aures (SPD): Sie vielleicht!)

Offensichtlich! Anscheinend ist man der Ansicht, das ist zwar meine Zuständigkeit, aber ich kümmere mich nicht darum.

(Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Und noch etwas. Die Bundespolizei untersteht leider auch nicht dem Freistaat Bayern, sondern ist, wie bereits das Wort sagt, eine Bundesbehörde, die dem Bund untersteht.

(Inge Aures (SPD): Hören Sie doch endlich mit Ihrer Vorlesung auf!)

Hier zu sagen, es wäre ja alles ganz einfach, aber die Staatsregierung will nicht an die freien Kapazitäten herangehen, die zuhauf vorhanden sind, das ist der falsche Weg. Genauso wenig wollen Sie einsehen, dass der Bund hier seine Aufgaben nicht erfüllt.

Ich bin heilfroh, dass trotz alldem immer wieder versucht wird, mit Österreich auf einer niederschwelligen Ebene zu verhandeln, und dass nicht, wie Sie fordern, Vereinbarungen nur durch verbindliche Absprachen oder völkerrechtliche Verträge, die das Bundesrecht betreffen, möglich sind.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ja, verbindliche Absprachen zur Flüchtlingssituation an der Grenze! Ich bitte Sie!)

Man versucht hier doch zu tun, was man tun kann, aber wenn die Österreicher diese Kooperationsangebote nicht annehmen, sind wir leider an dem Punkt, dass nichts mehr funktioniert.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sagt wer?)

Lassen Sie mich nun zu den anderen Anträgen kommen. Der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN macht mich, ehrlich gesagt, ein bisschen traurig.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh, oh!)

Man hat den Eindruck, mit ein bisschen Koordination und mit dem Versuch der Verbände, geheizte Zelte aufzustellen, wäre alles gelöst.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Warum denn? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Draußen arbeiten Ehrenamtliche am Anschlag. Sie haben Zelte aufgestellt und tun alles, aber wirklich alles, um den Flüchtlingen einen menschenwürdigen Aufenthalt zu ermöglichen.

Hier also so zu tun, als würden die Probleme mit Ihrem Antrag gelöst, geht daneben. Ich sage an dieser Stelle: Herzlichen Dank allen Ehrenamtlichen, ohne die nichts funktionieren würde. Wir können hier zwar von Humanität reden, aber wir können sie ohne die Ehrenamtlichen nicht umsetzen.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Dann unterstützen und koordinieren Sie doch! Darauf kommt es an!)

Zum Antrag der FREIEN WÄHLER ist schon alles gesagt; wir werden dem Antrag zustimmen. Damit möchte ich es bewenden lassen. Ich bitte die Kollegen der SPD herzlich, sich an den Minister zu wenden, der für entsprechende Verträge zwischen auswärtigen Staaten und der Bundesrepublik Deutschland zuständig ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Meinen Sie den Bundesinnenminister?)

Gehen Sie zu Frank-Walter Steinmeier und bitten Sie ihn, endlich tätig zu werden.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bleiben Sie einen Moment am Rednerpult. Die Frau Kollegin Kamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte sehr, Frau Kollegin Kamm, Sie haben das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Kollegin Guttenberger, macht es Sie nicht auch traurig mitzubekommen, dass Menschen aufgrund von organisatorischem Versagen 24 Stunden an der Innbrücke stehen, dass Menschen teilweise aus Verzweiflung von der Innbrücke in den Inn springen in der Hoffnung, ans Ufer zu kommen? Macht es Sie nicht traurig, dass Kinder dabei sind, Alte und Kranke, die schutzlos der Witterung ausgeliefert sind? Macht Sie das Chaos an der bayerisch-österreichischen Grenze und das Chaos entlang den anderen europäischen Grenzen nicht traurig? Diese Situation sollte man verbessern, und man kann es auch. Ich habe doch gesehen, wie miserabel die Situation vor vier Wochen in Freilassing war und wie gut die Menschen dort sie in kleinen Schritten vor Ort verbessern konnten. Da könnte man mehr tun, auch an den anderen Grenzübergängen. Man muss sich um kleine Verbesserungen bemühen, um Lösungen hinzubekommen. Man kann nicht einfach sagen, Steinmeier und der österreichische Innenminister und wer auch immer könnten ab und zu telefonieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Frau Kollegin. - Kollegin Guttenberger, Sie haben das Wort.

Petra Guttenberger (CSU): Frau Kollegin Kamm, bringen wir es auf den Nenner. Niemanden lässt so etwas unberührt. Man muss ganz klar eines sagen: Wenn nächtens unangemeldet so und so viele Busse zusätzlich hierher gebracht werden, ist das nicht

zu beherrschen. Das ist bedauerlich, aber es wäre in keiner Weise zu koordinieren, wenn wir nicht die vielen ehrenamtlichen Helfer hätten, die genau das tun, was Sie sagen, nämlich Zelte aufzustellen, die Menschen mit Tee zu versorgen und Ähnliches. Es geht ja um Menschen, für die man versuchen muss, einen menschenwürdigen Aufenthalt an den Grenzen zu ermöglichen. Hier liegen unsere Meinungen überhaupt nicht auseinander; hier sind wir uns alle einig. Aber Sie können nicht so tun, als wäre das mit ein bisschen Koordinierung zu schaffen, das ist nicht möglich.

(Christine Kamm (GRÜNE): Es geht um mehr Koordinierung!)

Es ist nicht zu schaffen, weil auch die Ehrenamtlichen bereits am Anschlag arbeiten. Es geht nicht, nur einmal zu sagen, jetzt könnten wir ein neues Zelt kaufen. Sie können nicht leugnen, dass es keine Zelte mehr im freien Verkauf gibt und dass man Engpässe beim Aufstellen der Betten hat. Man muss mit langen Bestellzeiten rechnen, um all diese Dinge wieder zur Verfügung zu haben. Es geht nicht, jetzt mit diesem Antrag so zu tun, als käme man damit auf den Punkt, und es werde aufgrund des Antrags gemacht.Das wird Gott sei Dank gemacht, weil das BRK und viele andere Helfer nicht auf einen Antrag warten, sondern weil sie anpacken.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Sie sehen, da ist ein Mensch, der braucht Hilfe. Diese Hilfe wollen sie ihm auch geben, so gut es unter den jeweiligen Gegebenheiten geht.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. - Als Nächster hat nun Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben Ihren Beitrag vorhin mit der Bitte beendet, auf parteipolitisches Geplänkel zu verzichten und die Sache ernst

zu nehmen. Diesen Satz hätte ich ernst genommen, wenn Sie Ihre Rede nicht mit dem unglaublichen Vorwurf begonnen hätten, wir würden die Lage absichtlich eskalieren lassen, um daraus parteipolitischen Nutzen zu ziehen. Dieser Vorwurf ist eine Unverschämtheit und mit nichts zu begründen!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Mit Ihrem Antrag wollten Sie eigentlich die Frage der Zusammenarbeit mit den österreichischen Behörden erörtern. Diese Frage wollten Sie heute in den Mittelpunkt der Debatte stellen. Von dem war aber in Ihrer Rede nicht allzu viel zu hören. - Ich kann Ihnen dazu nur sagen, dass wir von bayerischer Seite von Anbeginn alles dafür getan haben, eine enge Abstimmung und Kooperation zwischen den beteiligten deutschen Stellen untereinander und zwischen Deutschland bzw. Bayern und Österreich sicherzustellen. Eine enge Abstimmung zwischen allen beteiligten Bundes- und Landesbehörden auf deutscher Seite ist für die Bewältigung des Zustroms von Flüchtlingen natürlich unerlässlich. Aufgrund der komplexen Herausforderungen gibt es eine Vielzahl von Schnittstellen. Um einen engen Kontakt in Zusammenhang mit den notwendigen Transportmaßnahmen zu gewährleisten, befindet sich ein Verbindungsbeamter der bayerischen Polizei in der Koordinierungsstelle Flüchtlingsverteilung des Bundes. Wir haben täglich Telefonkonferenzen. Es gibt wöchentliche Koordinierungsbesprechungen.

Ein Austausch findet aber nicht nur auf der Arbeitsebene statt; es gibt auch in kurzen Abständen Gespräche auf der Ebene der Staats- und der Bundesregierung. Seit Mitte September haben wir einen Verbindungsbeamten der bayerischen Polizei im Innenministerium in Wien. Ein Verbindungsbeamter der österreichischen Polizei ist im Polizeipräsidium Niederbayern tätig, um insbesondere für den Grenzbereich einen schnellen Informationsaustausch sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund ist das aktuelle Verhalten der österreichischen Seite in der Tat umso unverständlicher. In den letzten Tagen kam es wiederholt zu einer unkontrollierten und unangekündigten Zuführung von Flüchtlingen an österreichisch-deutschen Grenzübergängen. Um Missverständnisse

zu vermeiden, sage ich ausdrücklich: Es ist keineswegs so, dass es keine Ankündigungen von Österreich gibt. Sie sind aber nicht umfassend.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Aber das haben wir doch gerade gehört!)

Sie sind in manchen Bereichen auch grob irreführend. Ich nenne Ihnen jetzt mal ein Beispiel, bei dem die Situation eskaliert ist. Das war vorgestern, in der Nacht vom 26. auf den 27. Oktober. Ich nehme jetzt nur mal den Landkreis Passau. Für Achleiten wurden für 22.00 Uhr 1.050 Flüchtlinge angekündigt. Es kamen 1.100. Das ist kein Problem. - Für den gleichen Zeitpunkt wurden für den Ort Wegscheid, auch im Landkreis Passau, 950 Flüchtlinge angekündigt. Es kamen aber 2.800.

Ich darf darauf hinweisen, dass wir uns nicht mehr in einer Situation wie im Juli befinden. Damals haben wir hier darüber debattiert, dass der kriminelle Schleuser aus Osteuropa nachts um 03.00 Uhr irgendwo auf der Autobahn in unverantwortlicher Weise Flüchtlinge an der Autobahn auslädt und wir dann schauen müssen, dass wir schon zur Rettung von Menschenleben diese Menschen ganz schnell einsammeln, weil es auf der Autobahn lebensgefährlich ist.

Wir befinden uns derzeit in folgender Situation: Wir sprechen von Bussen, die sich entweder im Eigentum der Republik Österreich befinden - beispielsweise im Besitz des Bundesheeres – oder die auf Bestellung und Bezahlung der Republik Österreich innerhalb von Österreich Flüchtlinge transportieren. Diese Busse fahren nachts nicht beispielsweise den Grenzübergang Salzburg/Freilassing an, sondern diese Busse, sozusagen österreichische Staatsbusse, laden nachts um 22.00 Uhr statt der angekündigten 950 Flüchtlinge 2.800 Flüchtlinge in Wegscheid ab, kurz vor dem Bayerischen Wald. Die Menschen werden nicht mehr drei Kilometer vor der Grenze, sondern wenige Hundert Meter vor der Grenze abgeladen. Es ist auch keine Betreuung mehr von österreichischer Seite gegeben oder gar eine Unterkunft, damit die Menschen noch in Österreich übernachten könnten. Nein, die werden dort abgeladen mit dem Ziel, dass die Menschen nachts um 22.00 Uhr über die Grenze laufen. Jeder Mensch weiß,

wenn so viele Flüchtlinge nicht angekündigt werden, dann stehen doch in Wegscheid nicht zufällig 30 Busse bereit, die darauf warten, nachts um 22.00 Uhr Flüchtlinge abzuholen. Frau Kollegin, da muss ich jetzt schon fragen: Wer trägt für diese Flüchtlinge, die nachts um 22.00 Uhr ankommen, die Verantwortung?

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Da mache ich der Bundespolizei vor Ort keinen Vorwurf. Die Bundespolizei im Landkreis Passau muss sich nicht darauf einstellen, dass unangemeldet 1.500 Flüchtlinge mehr als angekündigt nachts um 22.00 Uhr an der Grenze stehen. Auch der Landrat von Passau muss sich darauf nicht einstellen, meine Damen und Herren.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Die Verantwortung dafür trägt die österreichische Regierung unter Führung eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo, bravo! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und auf deutscher Seite ist eine schwarze Bundeskanzlerin!)

Nachdem wir das gestern kritisiert haben, hat Herr Bundeskanzler Faymann im Fernsehen erklärt: Wir kommen nur unserer humanitären Aufgabe nach. – Das ist ein bemerkenswertes Verständnis einer humanitären Aufgabe.

(Alexander König (CSU): Wahnsinn!)

Da rede ich jetzt gar nicht von dem Grundproblem, dass in Kroatien, Slowenien und Österreich nur noch auf Durchzug geschaltet wird.

(Markus Rinderspacher (SPD): In Absprache mit der Bundeskanzlerin!)

Vielmehr geht es speziell um die Frage, ob es in Ordnung ist, in dieser Art und Weise mit den Flüchtlingen umzugehen. Ich kann nur sagen: Es wäre vernünftig, das zumin-

dest anzukündigen. Deshalb habe ich gestern Nacht die österreichische Innenministerin noch einmal angerufen. Dass wir davon nicht begeistert sind, ist eine ganz andere Frage. Die vielen Flüchtlinge aber noch nicht einmal anzukündigen - wohlgemerkt, nicht Menschen, die irgendwo herumirren, sondern Flüchtlinge, die auf Staatskosten und auf staatliche Anweisung transportiert werden -, dafür fehlt mir jedes Verständnis. Das habe ich gestern klar zum Ausdruck gebracht.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Kamm zu?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Innenminister, Sie haben erwähnt, dass Sie zwei Verbindungsbeamte haben, einen bayerischen in Wien und einen österreichischen hier. Wie ist es dann möglich, dass solche Vorfälle stattfinden? Wie können sie zukünftig verhindert werden? Was haben Sie gemacht, dass die Koordination besser läuft?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Kollegin Kamm, das ist doch genau der Punkt. Es liegt nicht daran, dass wir nicht erreichbar wären. Es liegt nicht daran, dass es bei uns nicht Tag und Nacht jemanden gäbe, den man informieren könnte. Wir haben einen Koordinierungsstab im Innenministerium, der rund um die Uhr besetzt ist: 24 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche. Die Österreicher haben die Telefonnummer, der Beamte sitzt im Innenministerium in Wien. Es liegt also nicht daran, dass man uns oder der Bundespolizei nicht zu jeder Minute an jedem Tag eine entsprechende Mitteilung machen könnte. Das kann man an jedem Tag und zu jeder Minute tun. Wenn ein Bus mehr unterwegs ist als angekündigt, dann rede ich darüber nicht. Wenn aber 1.000 oder mehr Flüchtlinge kommen als angekündigt und wenn das wiederholt passiert, so wie in den letzten Tagen, dann ist das doch kein Zu-

fall mehr. Dahinter muss man doch eine Absicht vermuten. Das ist es, was mich ärgert und aufregt.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich will jetzt noch zu der Frage der Sonderzüge etwas sagen. Ich weiß, dass das einige Leute in München nach wie vor nicht richtig verstanden haben. Es geht doch nicht darum, dass man Münchner Betreuungsangebote nicht annehmen wollte. Es ist doch so: Seit wir Grenzkontrollen haben, kommen die Menschen an den Grenzen an. Ich will es noch einmal sagen, obwohl ich eigentlich glaube, dass Sie das selbst durchschaut haben, lieber Herr Kollege Rinderspacher: In den ersten Tagen nach dem 5. September saßen die Leute in den regulären Zügen aus Österreich und kamen plötzlich am Münchner Hauptbahnhof an.

Das hat sich seit der Einführung der Grenzkontrollen verändert. Seitdem kommen die Menschen an der Grenze an. Das liegt nicht daran, dass jemand etwas für oder gegen München tun will. Das ganze Geschehen hat sich grundlegend verändert. Selbstverständlich nehmen wir gerne jedes Angebot an, um die Menschen nachts um 23.00 Uhr nach München zu transportieren. Das Problem ist – das wollte ich gerade deutlich machen -, dazu brauchen Sie in Wegscheid Busse mit Platz für 1.000 Leute nachts um 23.00 Uhr. Die stehen aber nicht auf der Straße rum, weil keiner damit rechnet, dass nachts um 22.00 Uhr noch einmal 1.000 Menschen mehr ankommen. Wenn man die Busse hat, kann man die Menschen auch nach München fahren.

Wir werben seit Tagen dafür, dass die Bahn mehr Sonderzüge einsetzt. Ich nehme zur Kenntnis, dass diese Riesenorganisation Deutsche Bahn mit fünf Sonderzügen pro Tag an den Rand ihrer Kapazitäten gekommen ist. Ich kann das Gegenteil nicht beweisen. Vielleicht ist es aufgrund der Sparkurse der letzten Jahre tatsächlich so, dass die Deutsche Bahn keine Reserven mehr hat. Wir wären sehr dafür, dass mehr Sonderzüge fahren. Vor zwei Stunden habe ich erfahren, dass mithilfe eines privaten Bahnbetreibers, wie wir hoffen, ab heute Abend ein zusätzlicher innerbayerischer Son-

derzug von Passau nach Freising fahren wird, um zusätzliche Flüchtlinge in den Raum München zu transportieren, die in Erding, in der Landeshauptstadt München oder anderswo untergebracht werden. Darüber hinaus hat der Bund anvisiert, wesentlich mehr Buskapazitäten zu organisieren. Solange das in Österreich so läuft, darf keine Vorbestellungsfrist von drei Tagen oder dergleichen bestehen. Wir haben darauf hingewiesen, dass das wichtig ist. Wir oder vielmehr die Bundespolizei – eigentlich ist es eine reine Bundesangelegenheit – ist damit konfrontiert, dass völlig unvorbereitet von einer Stunde auf die andere Flüchtlinge da sind. Der Bustransport muss so organisiert werden, dass die Busse genauso kurzfristig zur Verfügung stehen.

Wir kümmern uns um diese Themen. In der Summe ist es nach wie vor – das will ich absolut nicht verhehlen – eine grandiose Leistung der Menschen – das sage ich ausdrücklich – bei der Deutschen Bahn, der Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei und der Landespolizei, der Helferinnen und Helfer beim Roten Kreuz und in anderen Organisationen, was bereits über viele Wochen hinweg an Ausnahmeleistungen erbracht wird, um dem Schicksal dieser Flüchtlinge einigermaßen gerecht zu werden. Deshalb sage ich ausdrücklich an dieser Stelle denen, die Tag und Nacht zum Teil bis an den Rand ihrer Erschöpfung arbeiten, ein herzliches Dankeschön. Es ist großartig, dass diese Leistung erbracht wird.

(Beifall bei der CSU, der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kern des Problems – daraus mache ich keinen Hehl – beschränkt sich vor allen Dingen mittel- und langfristig nicht auf die organisatorische und logistische Beherrschung der Situation nachts an der Grenze. Das ist zwar wichtig für den einzelnen Menschen, aber die langfristige Lösung dieses Problems ist mit der Frage verbunden, ob die Bundesrepublik Deutschland die Vielzahl an Flüchtlingen aufnehmen kann. Tag für Tag kommen – das ist die Größenordnung – 10.000 Flüchtlinge. Wenn an 365 Tagen 10.000 Leute täglich kommen – das sage ich rein theoretisch –, ergibt das 3,5 Millionen Menschen. Das ist eine einfache Multiplikationsaufgabe. In Berlin geht es um die simple Erkenntnis, dass die

Bundesrepublik Deutschland nicht in der Lage ist, 3,5 Millionen Menschen in einem Jahr aufzunehmen. Es bedarf einer grundlegenden Kurskorrektur, um diese Flüchtlingszahlen einzugrenzen. Darum geht es, und vor der Herausforderung stehen wir.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Frau Kollegin Stamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, gestern war ich ungefähr eine halbe Stunde, nachdem die zwei Flüchtlinge in den Inn gesprungen sind, in Simbach am Inn. Ich glaube, ich brauche Ihnen nicht zu sagen, was es bedeutet, bei diesen Temperaturen in den Inn zu springen. Gestern kamen in Simbach bzw. in Braunau über 24 Stunden keine Busse auf der österreichischen Seite an, weil man hoffte – davon haben Sie gerade nicht geredet -, dass alle Flüchtlinge auf deutscher Seite wegtransportiert werden können. – Das war nicht der Fall. Die Menschen saßen weiterhin mit vielen kleinen Kindern auf der Brücke, und zwar teilweise über 24 Stunden. Zu der Mär, dass viele Männer allein flüchten, sage ich: Ich habe sehr viele Kinder – das war unglaublich bei diesen Temperaturen – auf der Brücke gesehen. Ja, die Ehrenamtlichen am Fluss machen die Erstversorgung. Dafür bin ich wirklich dankbar. Die Bürgerinnen und Bürger aus Simbach machen die Erstversorgung – herzlichen Dank. Heften Sie sich das nicht an Ihr Revers. Es sind die Ehrenamtlichen, die die Erstversorgung ohne eine logistische Unterstützung vom Staat oder sonstiger Unterstützung vornehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Nachts um elf – inzwischen sind wir bei ungefähr 34 Stunden – haben immer noch 100 Menschen auf der Brücke gesessen. Sie können mir nicht erzählen, dass es nicht möglich ist, die Menschen von der Brücke herunterzubringen in einer Nacht, in der die Temperaturen drei oder vier Grad betragen. Das ist unglaublich.

Ich will nicht über Ihre Motive oder die Ursachen für dieses Problem mutmaßen.

(Widerspruch bei der CSU)

Es kann sich durchaus um ein logistisches Problem handeln. Leider ist vor allem für mich die Redezeit zu kurz. Ich finde es unglaublich, dass gleichzeitig in München die Notunterkünfte nicht gefüllt sind und teilweise über das Wochenende leer standen, obwohl das Chaos vor Ort herrschte. In Dornach sind 600 Menschen untergebracht. In Erding sind 1.000 Menschen untergebracht, obwohl die Kapazitäten für 5.000 Menschen ausgelegt sind. Es kann nicht sein, dass es Bayern nicht schafft, die Menschen einigermaßen menschenwürdig unterzubringen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Kollegin, ich bitte Sie, das auseinanderzuhalten. Die grenzpolizeilichen Aufgaben werden von der Bundespolizei wahrgenommen. Wann die Grenzpolizei an welchem Grenzübergang wie viele Menschen hinüberlässt, kann ich Ihnen im Einzelfall nicht sagen. Ich bin erst recht nicht dafür verantwortlich, an welchen Grenzübergang die Österreicher die Menschen bringen. Wenn der Bund – das habe ich Ihnen gerade schon gesagt – die Leute nach München transportiert, haben wir überhaupt nichts dagegen. Das liegt alles übrigens nicht in unserer Entscheidungsbefugnis. Ich will Sie nur darauf hinweisen, dass Sie zwischen Wünschen und Realität unterscheiden müssen. Gerade haben Sie Erding angeführt. Der Bund hat angekündigt, die Unterkunftskapazitäten auf 5.000 auszubauen. In der Realität können in den Unterkünften derzeit zwischen 1.500 und 2.000 Menschen untergebracht werden. Wenn Sie sich das draußen anschauen, ist von 5.000 gerade nicht die Rede.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Vor acht Wochen hat er das gesagt!)

Es ist lobenswert, dass der Bund diese Kapazitäten schafft – gar keine Frage. Das unterstützen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten. Ich habe mir das am Samstag angeschaut. Es ist großartig, was der THW ehrenamtlich geleistet hat, um diese Shelter herzurichten. Man muss aber auch feststellen, von dem Ziel, Unterkünfte mit einer Kapazität für 5.000 Menschen zu schaffen, sind sie noch weit entfernt. Bei der Frage, warum man die nicht alle dort unterbringen kann, dürfen Sie nicht vom Ziel auf die Realität schließen.

Insofern noch einmal: Wir helfen bestmöglich mit. Die Verantwortung liegt bei diesen Fragen eigentlich vorrangig beim Bund. Wir haben im Interesse der Menschen, die unmittelbar vor uns stehen, das Ziel, diesen bestmöglich zu helfen. Trotzdem bleibt die klare Herausforderung. Dieses Land kann nicht auf Dauer jeden Tag 10.000 neue Flüchtlinge übernehmen. Wir erwarten dringend, dass in Berlin wie in Wien und andernorts jetzt die Weichen gestellt werden, damit dieser übergroße Flüchtlingsstrom eingedämmt wird.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag abstimmen, zu dem keine namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Das ist der Dringlichkeitsantrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/8695. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich ums Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/8681, zu dem namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Die Abstimmung ist eröffnet. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.10 bis 16.15 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Stimmergebnis außerhalb des Saals auszuzählen und die Plätze wieder einzunehmen, weil wir den nächsten Abstimmungsgang aufrufen wollen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich komme jetzt zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/8694. Auch dazu ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Die FREIEN WÄHLER – die Rednerin der FREIEN WÄHLER, Frau Gottstein, hat es schon vorgetragen – haben gebeten, die Nummer 1 ihres Antrags umzuformulieren. Ich trage Ihnen jetzt die Umformulierung noch einmal vor:

> Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Freistaat Bayern bei der Umsetzung des 17-Punkte-Plans des jüngsten EU-Sondertreffens durch den Bund eingebunden wird. Wichtig für Bayern ist dabei vor allem, die ausgetauschten Informationen frühzeitig zu erhalten.

Das ist also die geänderte Fassung der Nummer 1. Wir stimmen jetzt über diesen Antrag wiederum in namentlicher Form ab. Ich gebe dazu drei Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet. Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 16.17 bis 16.20 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Ich schließe die namentliche Abstimmung und bitte, das Ergebnis der Abstimmung außerhalb des Saals zu ermitteln. Es wird zu gegebener Zeit im Plenum mitgeteilt.

(...)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bevor ich den nächsten Punkt aufrufe, darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen bekannt geben, zunächst zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Dr. Förster, Pfaffmann und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Koordination. Kooperation. Keine Konfrontation: Durch direkte Zusammenarbeit zwischen Bayern und Österreich krisenhafte Flüchtlingssituation an gemeinsamer Grenze entschärfen", Drucksache 17/8681. Mit Ja haben 61 gestimmt, mit Nein haben 88 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den geänderten Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Professor Dr. Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Sicherstellung der Einbindung Bayerns bei Umsetzung der Beschlüsse des EU-Sondertreffens vom 25. Oktober 2015", Drucksache 17/8694, bekannt. Mit Ja haben 126 gestimmt, mit Nein hat keiner gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 14. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28.10.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. und Fraktion SPD; Koordination. Kooperation. Keine Konfrontation: Durch direkte Zusammenarbeit zwischen Bayern und Österreich krisenhafte Flüchtlingssituation an gemeinsamer Grenze entschärfen (Drucksache 17/8681)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar			
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. **Kränzlein** Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	61	88	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28.10.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Sicherstellung der Einbindung Bayerns bei Umsetzung der Beschlüsse des EU-Sondertreffens vom 25. Oktober 2015 (Drucksache 17/8694)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric	X		
Dr. **Bernhard** Otmar			
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert			
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			
Flierl Alexander	X		
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith	X		
Gibis Max			
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas	X		
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald			
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette			
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. **Kränzlein** Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig	X		
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas			
Dr. **Magerl** Christian			X
Dr. **Merk** Beate	X		
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia	X		
Müller Ruth			
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter			
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans			
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald	X		
Seehofer Horst	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen	X		
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	126	0	14